

Was hat Deutschland am Hindukusch verloren?

Nun, wir sind die **Guten**.
Wir brauchen unsere Bundeswehr.

Damit sie den **Bösen**
(am Hindukusch und überall auf der Welt)
die Waffen wieder abnimmt,
die man ihnen teuer verkauft hat.

Dieses Recycling nützt
Generälen und Konzernen (und Lobbyisten).
Und wenn man solche dicken Rösser
ordentlich füttert,
fallen auch für uns Spatzen
die Pferdeäpfel reichlich ab.

Das alles im „**Dienst für den Frieden**“!

50 Jahre Bundeswehr – Kein Grund zum Feiern

Wiederbewaffnung

Am 8. Mai 1945 endete in Europa der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Bereits am 15. April hatte eine Diskussionsrunde im Weißen Haus beschlossen, „Deutschland zu remilitarisieren“ und „zum Bollwerk gegen Russland zu machen“. Die erste westdeutsche Regierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer lehnte alle Vorschläge für ein neutrales, entmilitarisiertes Deutschland ab. 1949, vier Jahre nach der Befreiung vom Faschismus kündigte Adenauer ohne vorherige Beratung im Parlament „die Aufstellung westdeutscher Truppen“ an. Unter Federführung hoch belasteter Wehrmachts- und Nazigeneräle, beispielsweise Manteuffel und Speidel, wurde die Gründung der Bundeswehr vorbereitet.

Nato & Atomwaffen

Am 5. Mai 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Am 8. Mai 1955 wurde die BRD Mitglied der 1949 gegründeten Nato. Die Nationale Volksarmee der DDR und der Warschauer Pakt entstanden erst als Reaktion auf Bundeswehr und Nato. 1956 wurde die Wehrpflicht eingeführt. Ende der 1950er Jahre beschloss die Nato die Stationierung nuklearer Waffen in Westeuropa. Seit Anfang der 1960er Jahre wurde die Bundeswehr mit nuklearfähigen Waffensystemen ausgestattet. In den folgenden Jahrzehnten entstand eine Armee, die sowohl personell als auch in ihren Traditionen in der Kontinuität der faschistischen Wehrmacht steht.

Ohne uns

Bereits Anfang der 1950er Jahre entstand die erste westdeutsche Oppositionsbewegung, die „Ohne-uns-Bewegung“ und 1957 die Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Laut Umfragen war die Mehrheit der Westdeutschen gegen die Remilitarisierung und gegen die Atombewaffnung. Doch den Demonstrationen, Kongressen und einer Volksbefragung wurde mit Verboten, Ermittlungsverfahren, Sondergesetzen und Berufsverboten geantwortet. Auch die sozialdemokratische Führung schwenkte nach anfänglicher Unterstützung der Bewegung um und unterstützte die westdeutsche Remilitarisierung.

Vietnam

Der Angriffskrieg der USA in Vietnam, der 1964 begann und 1973 mit dem Sieg der vietnamesischen Befreiungsbewegung endete, löste Ende der 1960er Jahre weltweite Massenproteste aus. Die 68er-Bewegung in Westdeutschland wendete sich gegen diesen Krieg, gegen die Hetze und das Medienmonopol des Axel-Springer-Verlags und solidarisierte sich mit den antikolonialen Bewegungen weltweit. Darüber hinaus galt der Protest den von der großen Koalition verabschiedeten Notstandsgesetzen, die bei Unruhen auch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen.

Rüstungsexporte

Die 1970er Jahre waren weltweit geprägt von der Entspannung zwischen Ost und West. Für die BRD erschlossen sich dadurch neue Handlungsräume in Osteuropa und der „Dritten Welt“. Gleichzeitig expandierte die westdeutsche Rüstungsindustrie, die von 1972 bis 1980 weltweit die größten Zuwachsraten aufwies. Die Bundeswehr wurde auf 495.000 Mann aufgestockt und beteiligte sich 1973 und 1978 erstmals mit Flugzeugtransporten an UN-Blauhelm-Einsätzen.

US-Interventionen

Die Entspannungsphase endete Ende der 1970er Jahre. Die USA setzten in der Nato eine aggressive Militärstrategie durch, die auf weltweite Überlegenheit und auf gewinnbare Atomkriege abzielte. Mit der militärischen Intervention in Grenada 1983 demonstrierten die USA neue Stärke. 1987 wurde Libyen angegriffen und der Irak-Iran-Krieg mit Waffenlieferungen an beide Seiten angeheizt, 1989 folgte die Panama-Intervention.

Friedensbewegung

Der Nato-Doppelbeschluss von 1979 sah im Rahmen der neuen Nato-Strategie die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa vor. Gegen die deutsche und Nato-Militärpolitik kämpfte eine breite Bewegung von Pazifisten und Christen bis zu Kommunisten. So war eine Bevölkerungsmehrheit gegen die Stationierung weiterer US-Atomwaffen in Deutschland, doch der Bundestag stimmte 1983 dem Doppelbeschluss zu.

Irakkrieg

Ende der 1980er Jahre brach der Warschauer Pakt zusammen. Am 17. Januar 1991 griffen die USA den langjährigen Verbündeten Irak an, der zuvor in Kuwait einmarschiert war. Befreit vom Gegenpol unter Führung der Sowjetunion wollten die USA sich den Zugriff auf das erdölreiche Land sichern und ihre weltweite Vormachtstellung demonstrieren. Deutschland unterstützte diesen Krieg finanziell und logistisch, beispielsweise mit Überflugrechten für die US-Armee und mit Awacs-Aufklärungsflügen der Bundeswehr im türkisch-irakischen Grenzgebiet.

Embargo

Der Irakkrieg brachte erneut Millionen auf die Straße, hatte doch das Ende des Ost-West-Konflikts nicht die versprochene „Friedensdividende“ gebracht, sondern einen neuen Krieg. Doch der Angriffskrieg wurde nicht verhindert, die Proteste flauten bald darauf ab. Das anschließende UN-Embargo kostete über eine Million Menschen im Irak das Leben, vor allem Kindern. Gleichzeitig bereicherten sich hohe UN-Beamte an den entsprechenden UN-Programmen für den Irak.

Auslandseinsätze

Das Ende des Warschauer Pakts und die Übernahme der DDR verstärkten auch die militärischen Ambitionen der BRD. 1992 definierten die Verteidigungspolitischen Richtlinien die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als „vitales Sicherheitsinteresse“ Deutschlands. Die rot-grüne Bundesregierung schickte erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg das deutsche Militär wieder zu Kampfeinsätzen. Mit UN-Blauhelm-Einsätzen wurde für diese Einsätze der Boden bereitet.

Jugoslawien

Anfang der 1990er Jahre forcierte Deutschland durch eine aggressive Außenpolitik den Zerfall Jugoslawiens und heizte mit entsprechender politischer und militärischer Unterstützung den Krieg in Bosnien und Herzegowina und später im Kosovo an. 1995 flog die Nato mit deutscher Unterstützung Einsätze gegen bosnische Serben und 1999 bombardierte auch die Bundeswehr im Angriffskrieg gegen Jugoslawien Ziele in Serbien. „Wir führen keinen Krieg“, behauptete der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Beginn der Bombardierungen.

Propagandalügen

Der Krieg in Jugoslawien mobilisierte nur wenig Protest. Durch Politik und Medien wurde die Situation in Jugoslawien systematisch mit der des deutschen Faschismus verglichen. Die Belgrader Führung wurde dämonisiert und als Urheber eines Völkermordes sowohl in Bosnien als auch im Kosovo beschuldigt. „Nie wieder Auschwitz“ war beispielsweise die Parole, mit der Außenminister Joseph Fischer den Krieg rechtfertigte. Die meisten Lügen in diesem Zusammenhang wurden inzwischen aufgedeckt. Dies erreichte jedoch niemals die gleiche Öffentlichkeit wie die Schlagzeilen, die zuvor einen neuen Hitler und ein erneutes Auschwitz propagiert hatten.

Afghanistan & Irak

Nach den bis heute ungeklärten Terror-Anschlägen des 11. September griffen die USA Ende 2001 Afghanistan an. Bundeskanzler Schröder erklärte seine „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA. Im April 2003 griffen die USA und die „Koalition der Willigen“ erneut den Irak an und besetzten das Land unter dem Vorwand, dass von angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen eine weltweite Gefahr ausgehe.

Nie wieder Krieg

Inbesondere der Irakkrieg 2003 mobilisierte bereits im Vorfeld eine weltweit einmalige Protestbewegung gegen die imperiale Politik und den Angriffskrieg der USA. Auch in Deutschland protestierten Millionen. Die rot-grüne Bundesregierung sprach sich gegen den Krieg aus. Gleichzeitig ist Deutschland jedoch bis heute die zentrale Drehscheibe für Waffen- und Truppentransporte der USA in den Irak und auch für die verwundeten Soldaten, die aus dem Irak ausgeflogen werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr beispielsweise in Afghanistan entlasten darüber hinaus gezielt die USA für ihren „Krieg gegen den Terror“.

50 Jahre Bundeswehr – Kein Grund zum Feiern

Kommando Spezialkiller

Rund 7000 Soldaten der Bundeswehr stehen heute in aller Welt: in Afghanistan und Usbekistan, im Kosovo, Bosnien und Herzegowina, am Horn von Afrika und im Mittelmeer. Oft erfolgen diese Einsätze ohne parlamentarische Kontrolle: Das Kommando Spezialkräfte (KSK) operiert in Afghanistan unter strikter Geheimhaltung und wird inzwischen mit dem Auftrag zu gezielten Ermordungen, „Assassination“, in Verbindung gebracht.

„Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.“ (Generalmajor und Heeresinspekteur Hans-Otto Budde, 2004)

Weltweite Kampfeinsätze

Die von Bundeskanzler Schröder geforderte „Enttabuisierung des Militärischen“ und die von Verteidigungsminister Struck propagierte „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ sind Ausdruck der imperialen Ziele Deutschlands, die zukünftig auch militärisch abgesichert werden sollen. Die EU-Verfassung macht deutlich, in welche Richtung es gehen soll. Nach dem Nein der Franzosen und Niederländer zur Verfassung ist abzusehen, dass auch ohne ratifizierte Verfassung vollendete Tatsachen geschaffen werden, denn die Fortsetzung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wurde bereits angekündigt: Kontinuierliche Aufrüstung, Selbstermächtigung zu weltweiten Kampfeinsätzen und Umgehung des Gewaltverbots der UN-Charta. All dies steht im Widerspruch zum Friedensgebot des Grundgesetzes.

„Unsere Spur wird die Transformation der Truppe sein. Dafür stehen zwei Sätze. Erstens: Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt. Er ist akzeptiert, auch wenn mir zu wenig darüber diskutiert wird. Der zweite Satz lautet: Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt.“ (Bundesverteidigungsminister Peter Struck, 2005)

Widerstand

Die Geschichte der Militarisierung Deutschlands macht deutlich, dass eine friedensorientierte Politik sicher nicht von oben oder von selbst kommt. Das Ende imperialer Kriegspolitik kann nur durch eine breite weltweite Bewegung erkämpft werden. Ansatzpunkte dafür gibt es in Deutschland genug.

„Über eines habe ich mich immer gewundert: Wie wenig wahrgenommen worden ist, dass die Entscheidung zum Krieg eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet hat. Ich behaupte: Keine andere Regierung als unsere hätte sie so treffen können und so ausgehalten.“ (Bundeskanzler Schröder, 1999)